

Neustart-Programm für zukunftsfähige Innenstädte

Eckpunkte aus Sicht der Architektenkammer Baden-Württemberg

**Architektenkammer
Baden-Württemberg**



Der Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2021-2026 enthält u.a. die Zielsetzung eines Neustart-Programms für die Innenstädte. Dieses „soll Einzelhandel, Gastronomie, Kultur und Kreativszene unterstützen und dafür sorgen, dass unsere Innenstädte auch morgen noch lebendig und überregional attraktiv sind. Dabei möchte die Landesregierung die Bewältigung der akuten Krise mit den großen langfristigen Herausforderungen verbinden, etwa indem man die Verbindung des stationären Handels mit digitalen Plattformen fördert.“

Die Architektenkammer Baden-Württemberg unterstützt das Ziel eines Neustart-Programms für Innenstädte und Ortskerne¹. Aus unserer Sicht sind folgende elf Eckpunkte zentral:

1. Langfristige Perspektive einnehmen: Neustart als Chance nutzen

Die kurzfristige Unterstützung der zentralen Akteure in Innenstädten und die langfristige Gestaltung eines lebendigen und zukunftsfähigen urbanen Raums sind zu verbinden. Der Neustart muss als Chance genutzt werden, um Innenstadt neu zu denken und unsere Städte jetzt für die Herausforderungen von morgen zu wappen: Klimatischer, sozialer und demographischer Wandel, sich ändernde Wohn-, Arbeits- und Lebensformen werfen ihre Schatten voraus und müssen im Sinne einer zukunftsfähigen Stadtgestaltung berücksichtigt werden. Dabei scheint es angebracht, nicht nur die urbanen Zentren der Großstädte zu berücksichtigen, sondern gerade auch kleinere Städte, Stadtteilzentren und Ortskerne in die Überlegungen einzuschließen.

2. Innenstadt als vielfältig bespielte Orte verstehen: Nicht nur Einzelhandel fokussieren

Sicherlich ist die Unterstützung und Stabilisierung des krisengebeutelten Einzelhandels eines der großen Ziele. Die Stützung und Absicherung der Händler:innen vor Ort darf allerdings nicht den Blick verstellen. Im Sinne der Zukunftsfähigkeit sollte Leerstand konstruktiv genutzt werden, die nutzungs durchmischte Stadt wird die Zukunft prägen. Zu fragen ist also: Wie lassen sich Räume neu gestalten und beleben, können wir das Wohnen zurück in die Innenstadt holen und wie lassen sich Handel, Arbeiten und Leben

¹ Unsere Eckpunkte adressieren Städte und Gemeinden. Deshalb wird der Begriff der Innenstadt im Folgenden auch für Stadtteilzentren und Ortskerne kleinerer und mittlerer Städte verwendet.

zukunftsfähig verknüpfen? Durch neue, alternative innenstädtische Rahmung und Kulisse kann auch das Einkaufen wieder zum Erlebnis werden.

3. Innenstadt als Experimentalraum begreifen: Temporäre und situative Zwischennutzung

Diese Fragen dürfen nicht nur theoretisch diskutiert, sondern müssen praktisch verortet werden und das bedeutet: Räume müssen situativ und temporär bespielt, bebaut, belebt werden – innerstädtische Flächen können lebendige Experimentalräume darstellen, in welchen Zwischennutzungskonzepte erprobt und getestet werden. Modelprojekte können letztlich als beispielgebende Experimentalflächen ganze Straßen oder Stadtgebiete aufwerten.



4. Innenstädte gemeinsam gestalten: Soziale Nachhaltigkeit in Blick nehmen

Der soziale und demographische Wandel wird neuen Unterstützungsbedarf generieren und auch das soziale Miteinander im urbanen Raum verändern. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, soziale Innovationen zu ermöglichen. Diese entstehen in kleinen Schritten, in Experimenten und Bottom-Up-Prozessen vor Ort: Es müssen Räume geschaffen werden, in denen Menschen zusammenkommen und ihre Bedarfe und Bedürfnisse artikulieren können, wo aber auch Beratungsangeboten bestehen oder Koordinatoren den gemeinsamen Gestaltungsprozess begleiten.

5. Innenstädte nutzungsflexibel umbauen: Menschlichen Maßstab und Multifunktionalität gewährleisten

Urbane Zentren sind Begegnungsräume, hier treffen Menschen aufeinander. Damit Innenstädte für alle nutzbar sind und bleiben, gilt es, sie als multifunktionale und flexible Gestaltungsräume (Betreuung, Kultur, Bildung, Gastronomie, Gemeinschaftsräume ohne Konsumzwang) zu etablieren und zu erhalten. Urbane Zonen sind gerade durch die Zunahme gesellschaftlicher Komplexität und ihre Multifunktionalität auch Kompromissgebiete und ein gesellschaftlicher Diskurs darüber, wie wir uns das urbane Zusammenleben in Zukunft vorstellen, scheint angebracht. („Haben wir verlernt, in der Stadt zu leben?“)

6. Innenstädte für alle öffnen: Öffentlichen Raum an Bedürfnisse anpassen

Innenstädte müssen Raum für Interaktion und Begegnung bereitstellen, sie müssen als öffentlicher Raum für alle erlebbar sein und Lebensqualität schenken. Im weiteren Sinne der griechischen Polis entsprechend, sollen hier verschiedene Generationen zusammenkommen. Dabei erscheint es unerlässlich, unterschiedliche Bedürfnisse und Ansprüche an die urbanen Zentren zu berücksichtigen und zu harmonisieren, insbesondere auch Jugendliche brauchen ansprechende Räume, die sie bestenfalls selbst entwerfen und mitgestalten.

7. Innenstädte klimaresilient gestalten: Freiräume & Begrünung

Die Temperaturen steigen beständig, neun der zehn wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnung 1881 lagen in den letzten 20 Jahren; Extremwetterereignisse und urbane Hitze werden weiter zunehmen. Neustart bedeutet deshalb auch: Klimaschutz

und Klimaanpassung für und in urbanen Zentren. Konkret ist deshalb grün-blaue Infrastruktur zu planen, Freiraum zu erhalten oder zu schaffen, Versiegelung zu reduzieren und Begrünung zu forcieren – es braucht eine Transformation im Sinne der Klimaresilienz. Auch in Innenstadtgebieten sind Überlaufzonen im Sinne der Schwammstadt anzulegen.

8. Innenstädte klimafreundlich anbinden: Mobilitätskonzepte neu denken

Solange Menschen von außerhalb in die Innenstädte pendeln, müssen auch Mobilitätskonzepte passend und klimafreundlich gestaltet werden. Deshalb sind der öffentliche Nachverkehr, insbesondere die Anbindung der ländlicheren Stadtteile und Räume, zu forcieren, Rad- und Fußwege nutzerfreundlich und im Sinne der Aufenthaltsqualität zu gestalten und Sharing-Konzepte zu unterstützen. Parkplätze dagegen sollten reduziert, Parkplatzflächen neuer Nutzung zugeführt werden.



9. Innenstädte erhalten: Umbau statt Abriss

Der CO2-Fußabdruck eines Neubaus ist gewaltig. Deshalb darf innerstädtischer Leerstand und das Gefühl des Aufbruchs nicht zu unbedachtem Abriss führen: Wo immer möglich sollten auch bei Nutzungsänderung Bestandsgebäude erhalten werden. Im Sinne der Ressourcenschonung, des Klimaschutzes und der stadtgeschichtlichen Identität müssen Innenstadtbauten zwar vielerorts energetisch saniert werden; dennoch spricht sowohl die ökonomische als auch ökologische Perspektive für Um- statt Neubau.

10. Innenstädte bewusst planen: Stadtraum als gemeinsame Aufgabe begreifen

Auch und insbesondere im urbanen Raum stellt sich die Bodenfrage. Die Spekulationsmechanismen gilt es durch Vorkaufsrechte und bewusste Planung zu unterbinden, Wirtschaftsförderung und Stadtplanung sollten als *eine* Aufgabe begriffen werden. Gleichzeitig sollten Planungsprozesse möglichst proaktiv und öffentlich gestaltet, Planerinnen und Planer, Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Hybride Stadtentwicklung setzt hybride Beteiligungsverfahren voraus, Förderung ist an Beteiligung zu koppeln.

11. Proaktive, kooperative, differenzierte Stadtentwicklungspolitik: Neustart verstetigen

Der Neustart ist Notwendigkeit, aber auch Chance: Die Innenstädte und Ortskerne können neu gedacht, neu geplant und gelebt werden. Doch diese Chance sollte nicht als einmaliges Moment begriffen werden, sondern verstetigt werden. Stadtentwicklungspolitik muss vorausschauend gestaltet werden, dafür gilt es Akteure aus Politik, Verwaltung, Planung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenzubringen und als Netzwerk zu etablieren, sodass sie miteinander, interdisziplinär und regelmäßig Innenstadtstrukturen begleiten, evaluieren, verändern können. Kurzfristige Herausforderungen können so auch auf ihre langfristigen Effekte untersucht und entsprechend gesteuert werden. Gleichzeitig ist Neustart nicht gleich Neustart: Nur eine differenzierte Innenstadtentwicklung kann zukunftsfähig sein. Das bedeutet: Stadtidentitäten freilegen, Standorte hinterfragen und

unterschiedliche Konzepte ermöglichen sowie Förderprogramme entsprechend anpassen.